

Von den Schwierigkeiten der Opposition 1919-1959

Autor(en): **Degen, Bernard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **82 (2004)**

Heft 1

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341829>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Von den Schwierigkeiten der Opposition 1919–1959

Gegen Ende des Ersten Weltkrieges herrschte in der Schweiz eine äusserst gespannte Lage. Wie in den Krieg führenden Staaten erreichten Streiks und Demonstrationen seit 1917 ein ausserordentliches

Bernard Degen

Ausmass. Seit Anfang 1918 befassten sich führende Sozialdemokraten und Gewerkschafter ernsthaft mit der Möglichkeit eines Generalstreiks. In diesem Klima diskutierte das Parlament in der Frühlings-session 1918 die Erweiterung des Bundesrates auf neun Sitze, wobei der bürgerliche Kommissionssprecher ausdrücklich auf den «berechtigten Anspruch» der Sozialdemokratischen Partei (SP) auf Regierungs-beteiligung hinwies. Diese lehnte das Angebot als verfrüht ab, da sie nicht ihrer Wählerschaft entsprechend repräsentiert sei. Die Vorstellung, zur Beruhigung der Lage Sozialdemokraten in die Regierung zu integrieren, entsprach der erprobten Praxis mehrerer Krieg führender Staaten. Am 6. November 1918 – als die Armee gerade die Besetzung Zürichs vorbereitete – schlug Nationalrat Robert Forrer vor, die Landesregierung auf dem Vollmachtenweg um zwei Sitze für die SP zu erweitern. Den gleichen Plan diskutierte der Geschäftsleitende Ausschuss der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP). Selbst der Bundesrat erwog zu Beginn des Landesstreiks, der SP zwei neu zu schaffende Departemente zu überlassen. Nach-

dem die Gefahr abgewendet war, entschied man sich allerdings für eine Erweiterung der Landesregierung nach rechts.

Bei den ersten Nationalratswahlen nach Proporz im Herbst 1919 erreichte die SP 41 Sitze und stellte erstmals eine stattliche Fraktion, die Voraussetzung für eine wirksame parlamentarische Opposition. Im bürgerlichen Lager liessen sich kaum Verbündete für soziale Verbesserungen finden. Nach dem Abflauen der kurzen Reformphase im Gefolge des Landesstreiks ging es vor allem um die Verteidigung bestehender Errungenschaften. Druck von aussen war nur mithilfe der Gewerkschaften möglich, und diese setzten – ohne die Option Streik – zunehmend auf Absprachen. Bei den Wahlen zahlte sich allerdings der Oppositionskurs aus. Die SP legte ständig zu, zählte 1928 erstmals am meisten Wähler und erreichte 1931 ihr bis heute bestes Ergebnis.

Wähleranteile der grossen Parteien 1919–1943 (in %)

Jahr/ Partei	SP	FDP	KK/ CVP	BGB/ SVP	Linke
1919	23.5	28.8	21.0	15.3	23.5
1922	23.3	28.3	20.9	16.1	25.1
1925	25.8	27.8	20.9	15.3	27.8
1928	27.4	27.4	21.4	15.8	29.2
1931	28.7	26.9	21.4	15.3	30.2
1935	28.0	23.7	20.3	11.0	29.4
1939	25.9	20.7	17.0	14.7	28.5
1943	28.6	22.5	20.8	11.6	28.6

Inzwischen wurde parteiintern zunehmend über die Bundesratsbeteiligung diskutiert und 1929 mit Emil Klöti erstmals ein eigener Kandidat vorgeschlagen. Bis 1940 folgten 18 weitere vergebliche Kandidaturen. Die Weltwirtschaftskrise brachte der SP zunächst einen kurzen Aufschwung, letztlich aber wenig zählbare Resultate. Wirtschaftspolitische Alternativen – z.B. die Kriseninitiative – formulierten eher die Gewerkschaften. In einer ersten Phase erhöhten sich die innenpolitischen Spannungen. Der Bürgerblock blieb unerbittlich und schreckte auch vor dem Einsatz der Armeec, wie 1932 in Genf, nicht zurück. In SP und Gewerkschaften wuchs die Sorge, faschistische oder andere autoritäre Strömungen könnten auch in der Schweiz massiv an Boden gewinnen.

Gegen Mitte der 1930er-Jahre setzte die SP zunehmend auf Zusammenarbeit mit denjenigen bürgerlichen Kräften, die sie als Garanten für die Demokratie ansah. Diese Neuorientierung war kein schweizerischer Sonderweg; sie reihte sich ein in die internationale Entwicklung, namentlich in die im letzten verbliebenen demokratischen Nachbarland Frankreich. Dort hatten selbst die Kommunisten die völlige Ablehnung bürgerlicher Politik aufgegeben und sich schrittweise mit Sozialisten und Linksbürgerlichen zur Volksfront vereint. In der Schweiz suchten die Bürgerlichen, nachdem sie das Gewicht der Opposition vor allem in der Abstimmung um die Kriseninitiative hatten zur Kenntnis nehmen müssen, ebenfalls zunehmend die Zusammenarbeit. Grundlegende Konzessionen machten sie allerdings erst in der unmittelbaren Vorkriegszeit, als sie einer Koppelung von Militärkrediten mit Arbeitsbeschaffungsmassnahmen zustimmten und sich damit einer aktiven Konjunkturpolitik nicht mehr widersetzten. Anders als im Ausland wurde die engere Zusammenarbeit nicht mit gemeinsamer Regierungsverantwortung besiegelt. Selbst im Dezember 1939, als sich angesichts des

Krieges eine Demonstration der nationalen Einheit aufgedrängt hätte, blieb die bürgerliche Mehrheit hart. Trotz der gefährlichen Lage wählte sie selbst ihre beiden todkranken und ihre beiden amtsmüden Bundesräte wieder und gab den beiden sozialdemokratischen Gegenkandidaten keine Chance. Erst als sich im Winter 1942/43 ein Sieg der Alliierten abzuzeichnen begann, setzte ein Umdenken ein. Nachdem die SP in den Wahlen von 1943 wieder fast das Resultat von 1931 erreicht hatte, stiess ihre Bundesratsbeteiligung auf breiten Konsens. Allerdings erhielt die mit Abstand stärkste Partei nicht die ihr zustehenden zwei Sitze, sondern nur einen für Ernst Nobs. Gesamthaft gesehen zahlte sich die Opposition für die SP auf dem Hintergrund einer dauernd kriselnden Wirtschaft – v.a. die schwere Krise der frühen 1920er- und die Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre – weit schlechter als erwartet aus, da einerseits ihre parlamentarische Vertretung viel kleiner als erhofft blieb und andererseits der notwendige Druck von aussen meist fehlte.

Die Aufnahme der SP in die Regierung war die eine, die Einleitung sozialer Reformen die andere Massnahme, um sozialen Unruhen wie nach dem Ersten Weltkrieg vorzubeugen. Innert kürzester Frist wurde daher die AHV vorbereitet und eingeführt. Dabei spielte allerdings der sozialdemokratische Bundesrat keine Rolle. Obwohl seine Amtsführung die SP keineswegs begeisterte und in der Geschäftsleitung gar von der «Hypothek Nobs» gesprochen wurde, führte sie 1951 die Regierungsbeteiligung mit Max Weber fort. Dieser erwies sich als wesentlich hartnäckiger und prangerte bürgerliche Obstruktion offen an. Als Ende 1953 wieder eine Finanzvorlage abgelehnt wurde, trat er überraschend zurück. Eine sozial ungerechtere Vorlage wollte er nicht vertreten.

Der mit niemandem abgesprochene Rücktritt machte die SP wider Willen zur Op-

**Gesamthaft
gesehen zahlte
sich die
Opposition
für die SP
weit schlechter
als erwartet aus.**

Wähleranteile der grossen Parteien 1947–1967 (in %)

Jahr/ Partei	SP	FDP	KK/ CVP	BGB/ SVP	Linke
1947	26.2	23.0	21.2	12.1	31.3
1951	26.0	24.0	22.5	12.6	28.7
1955	27.0	23.3	23.2	12.1	29.6
1959	26.4	23.7	23.3	11.6	29.1
1963	26.6	23.9	23.4	11.4	28.8
1967	23.5	23.2	22.1	11.0	26.4

positionspartei. Nach aussen wurde zwar Webers Verhalten gebilligt. Parteipräsident Walther Bringolf verstieg sich sogar zur Beschwörung des «Jungbrunnens» der Opposition. Ein freisinniger Kritiker stellte aber zu Recht fest, dass der SP die «Lust an der erfolglosen Badekur» rasch verging. Tatsächlich war sie in keiner Weise auf die neue Rolle vorbereitet. Der SGB als wichtigster Bündnispartner blieb völlig in Sozialpartnerschaft und vorparlamentarische Entscheidungsprozesse integriert. Die geistige Enge des Kalten Krieges machte sich in der Schweiz besonders drückend bemerkbar, stand doch Opposition prinzipiell im Geruche des Kommunismus.

Die Parteiführung wartete nicht einmal die nächsten Parlamentswahlen ab und vereinbarte schon 1954 mit den Katholisch-Konservativen (heute CVP) die Rückkehr in den Bundesrat. Damit schränkte sie den Spielraum für ihre Oppositionspolitik stark ein. Die gigantische militärische Aufrüstung, die wertvolle Mittel von wichtigeren Staatsaufgaben abzog, kritisierte sie kaum. In den meisten Politikfeldern bot sie keine griffigen Alternativen an. Wichtigste Ausnahme bildete die Finanzpolitik, wo sich vor allem der 1955 in den Nationalrat zurückgekehrte Alt-Bundesrat Weber profilierte. In der guten Konjunktur der 1950er-Jahre schien ein beträchtlicher Teil der herkömmlichen sozialdemokratischen Programmatik ohnehin zusehends unattraktiv. Nicht mehr zeitgemässe Postulate wurden aber nicht durch überzeugende neue ersetzt, weshalb sich die SP im-

mer weniger von den bürgerlichen Parteien abhob. Eine an sich durchaus angezeigte Programmrevision wurde ohne breite Diskussion noch vor den Wahlen von 1959 durchgezogen.

Die wenig überzeugende Opposition brachte der SP nicht mehr die Ausstrahlung, die sie bis Mitte der 1930er-Jahre hatte. Zwar gewann sie in den ersten Wahlen nach dem Rückzug aus dem Bundesrat wieder dazu, erreichte aber nicht mehr die Werte ihrer besten Jahre. Obwohl sie 1959 sogar wieder verlor, öffnete sich ihr der Weg in den Bundesrat erneut. Gemäss Abmachung mit der CVP konnte sie mit Willy Spühler und Hans-Peter Tschudi zwei Sitze besetzen und damit die 44-jährige Geschichte der Zauberformel einleiten.

Die SP verhielt sich nicht in beiden Oppositionsperioden gleich. In der ersten versuchte sie in mehreren Bereichen, vor allem in der Militärpolitik, eine klare Alternative zu bieten. Dies zahlte sich in einem massiven Gewinn an Wählern aus. Die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen der Zwischenkriegszeit waren allerdings derart schlecht, dass sich nach einem kurzen Reformfenster nach dem Krieg nur in bescheidenem Rahmen Fortschritte erzielen liessen. In der zweiten Periode dagegen boomte die Wirtschaft. Die SP betrieb ihre Oppositionspolitik aber mit wenig Überzeugung und konnte deshalb kaum Resultate vorweisen.

Bernard Degen ist Dozent am Historischen Institut der Universität Bern. Eine umfassende Geschichte der SP als Regierungs- und Oppositionspartei bietet sein Buch: Sozialdemokratie: Gegenmacht? Opposition? Bundesratspartei? Die Geschichte der Regierungsbeteiligung der schweizerischen Sozialdemokraten, Verlag Orell Füssli, Zürich 1993, Fr. 39.80.